

Zuverlässig
Zielführend
Zukunftsorientiert



Abstimmungsvorlagen 4. März 2018

Kantonale und Eidgenössische
Abstimmungen

Parolenfassung der BDP
Herzogenbuchsee und Umgebung

Vorlagen

Zuverlässig
Zielführend
Zukunftsorientiert



- Eidg. Vorlage «Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021»
- Eidg. Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» bzw. «NoBillag»
- Kant. Volksinitiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!«
- Kant. Vorlage "Kantonsbeitrag an die Projektierung und Realisierung von Tram Bern – Ostermundigen"

Pro

- Die Einnahmen aus diesen Steuern sind so zentral, dass ein Wegfall schwerwiegende Folgen für den Staat hat.
- Bei einer Ablehnung muss der Bund seine Ausgaben innert kürzester Zeit um über 60 Prozent reduzieren oder im gleichen Umfang neue Einnahmequellen erschliessen.
- Die Befristung von 15 Jahren ermöglicht es Parlament und Volk, weiterhin in regelmässigen Abständen über steuer- und finanzpolitische Grundsatzfragen zu diskutieren.

Kontra

- Die Frist von 15 Jahren ist für eine Überprüfung des Steuergrundsatzes zu lang. Damit besteht die Möglichkeit, dass die Staatstätigkeit weiter ausgebaut wird.
- Mit den Steuern für den Bund wird das Staatswachstum angefeuert. Das schadet der Freiheit der Schweizerinnen und Schweizer, weil diese nicht bestimmen können, wofür sie ihr Geld ausgeben wollen.
- Staatswachstum schadet dem Wohlstand in der Schweiz, da es das Wirtschaftswachstum bremst.

Finanzordnung 2021

Zuverlässig
Zielführend
Zukunftsorientiert



Nationalrat

Ständerat

Angenommen

Angenommen

196:0 Stimmen

44:0 Stimmen

0 Enthaltungen

0 Enthaltungen

JA Parole: SVP | SP | FDP | CVP | Grüne | GLP | BDP | EVP

NEIN Parole: UP

Parolenfassung

BDP Herzogenbuchsee

und Umgebung

Ergebnis: JA-Parole

«NoBillag»

Zuverlässig
Zielführend
Zukunftsorientiert



Pro

- Es darf nicht sein, dass Unternehmen die Radio- und Fernsehgebühren doppelt bezahlen müssen, einmal durch die Mitarbeitenden privat und einmal durch das Unternehmen.
- Die SRG ist zu gross geworden, sie soll sparen und muss ihre Leistungen reduzieren.
- Eine Zwangsgebühr für Radio und Fernsehen ist im Zeitalter von Netflix und Internet nicht mehr zeitgemäss.
- Erst wenn die SRG kein Geld mehr vom Bund erhält, wird sie frei und unabhängig berichten können.

Kontra

- Ohne Billag-Gebühren wird die Abhängigkeit der Medien von privaten Geldgebern und ausländischen Konzernen zunehmen. Damit steigt die Gefahr der politischen Einflussnahme.
- Nur mit den Billag-Gebühren ist ein vielfältiges, gleichwertiges Angebot an Sendungen in allen Landesteilen möglich.
- Ein Mediensystem ohne Billag-Gebühren wäre von schlechterer Qualität, weil nur noch produziert wird, was auch rentiert.
- Die Abschaffung der Billag-Gebühren bedeutet das Ende der SRG und vieler lokaler Radio- und TV-Sender.

«NoBillag»

Zuverlässig
Zielführend
Zukunftsorientiert



Nationalrat

Abgelehnt

129:33 Stimmen

32 Enthaltungen

Ständerat

Abgelehnt

41:2 Stimmen

1 Enthaltung

JA Parole: SVP | Jungfreisinnige

NEIN Parole: BDP | CVP | GLP | EVP | FDP | Grüne | SP

«NoBillag»

Zuverlässig
Zielführend
Zukunftsorientiert



Parolenfassung BDP Herzogenbuchsee und Umgebung

Ergebnis: NEIN-Parole

«Lehrpläne vors Volk!»

Zuverlässig
Zielführend
Zukunftsorientiert



Pro

- Der Lehrplan 21 ist an Kompetenzen orientiert. Die Schule soll nicht mehr Wissen und Können, sondern Kompetenzen vermitteln. Dabei ist weitgehend unklar, was unter Kompetenz zu verstehen ist. Die Autorinnen und Autoren des Lehrplans 21 haben es bis auf den heutigen Tag versäumt offenzulegen, nach welchen theoretischen Grundlagen sie den Lehrplan 21 entwickelt haben.
- Die geplante Einführung des Lehrplans 21 verursacht horrenden Kosten im Bildungswesen. Bereits die Entwicklung des Lehrplans 21 hat 5 Millionen Franken gekostet.

Kontra

- Ein Lehrplan wird von Bildungsfachleuten im intensiven Austausch mit Betroffenen erarbeitet und ist ein Fachwerk. Weder das Volk noch der Grosse Rat sollen darüber entscheiden können. Die Schule braucht Stabilität und Verlässlichkeit statt Willkür und Interessenspolitik.
- Der Kanton Bern soll mitmachen bei der Harmonisierung des schweizerischen Bildungssystems und Teil davon sein.
- Die Umsetzungsarbeiten zum Lehrplan 21 sind breit abgestützt und weit fortgeschritten. Die Annahme der Initiative würde zu grossen Unklarheiten führen.

«Lehrpläne vors Volk!»

Zuverlässig
Zielführend
Zukunftsorientiert



Grosser Rat

Abgelehnt

122:19 Stimmen

0 Enthaltungen

JA Parole: SVP | EDU

NEIN Parole: CVP | GLP | EVP | FDP | SP

Fasst Parole noch: BDP | Grüne

«Lehrpläne vors Volk!»

Zuverlässig
Zielführend
Zukunftsorientiert



Parolenfassung

BDP Herzogenbuchsee und Umgebung

Ergebnis: NEIN-Parole

Pro

- Die Zahl der Fahrgäste wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Um die Nachfrage bewältigen zu können, muss die heutige Buslinie auf Trambetrieb umgestellt werden. Das Tram wäre nach seiner Realisierung eines der meistbenutzten in der Schweiz.
- In einem Tram können gegenüber dem heutigen Bus pro Kurs fast 2.5 mal mehr Personen transportiert werden. Dadurch profitieren die Passagiere von mehr Platz und Fahrkomfort. Gleichzeitig entlastet der Trambetrieb das Strassennetz vom dichten Busverkehr und führt zu mehr Pünktlichkeit.

Kontra

- Aus Spargründen werden auf dem Land kleinere Bahnhöfe geschlossen. Gleichzeitig soll in der Region Bern ein Luxus-Tram gebaut werden.
- Für den Bau der Tramlinie sollen die Alleen an der Viktoriastrasse und der Ostermündigenstrasse zerstört werden: Über 200 altehrwürdige, grosskronige Linden, Ahorne und Platanen.
- Völlig überflüssig. Der Bahnhof Ostermündigen wird ausgebaut, der Takt der S-Bahn erhöht. Mit dem Zug dauert die Reise zum Bahnhof Bern nur 7 Minuten, mit dem Tram von Ostermündigen nach Bern würde sie 14 Minuten dauern.

Abstimmungen

- 2014 stimmten Bern, Ostermündigen und Köniz über eine Tramlinie von Köniz über Bern nach Ostermündigen ab. Bern sagte Ja. Ostermündigen ging nach der Abstimmung über die Bücher und stimmte 2016 einem Projekt zu.
- November 2017, die Stadt Bern stimmte dem städtischen Kredit von fast 25 Mio. Franken mit knapp 62% zu.
- Gesamtkosten: ca. 244 Mio. Franken (Grösster Teil wird vom Bund gedeckt und vom Kanton Bern)

JA Parole: CVP | SP | GLP | EVP

NEIN Parole: SVP | EDU

Fasst Parole noch: BDP | FDP | Grüne

Parolenfassung

BDP Herzogenbuchsee und Umgebung

Ergebnis: JA-Parole

Nicht vergessen!

Zuverlässig
Zielführend
Zukunftsorientiert



Herzogenbuchsee und Umgebung

 BDPbuchsi



www.bdp-herzogenbuchsee.ch

Remo Zuberbühler

Miranda Hüsler

Hans Moser

Grossratswahlen, 25. März 2018

2x auf Ihren Wahlzettel | Liste 10



Oberaargau

nicht links, nicht rechts – vorwärts